



Vorlage 2014

Rechnungsprüfung

Nr.

Geschäftszeichen: 14
13. Juni 2012

GR	04.07.2012	§	ö	Beratung
		§		
		§		

Thema

Bericht über den Stand und die Erfahrungen bei der Umsetzung des Beschlusses des Gemeinderats, Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit von Beschaffung und Vergabe auszuschließen

Beschlussantrag

Kenntnisnahme

Hage
Rechnungsprüfung

Bolay
Oberbürgermeister

Erläuterungen

Ausgangslage

In seiner Sitzung vom 5. Mai 2010 fasste der Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Bei künftigen Ausschreibungen und Beschaffungen der Stadt finden nur Produkte Berücksichtigung, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der Konvention Nr. 182 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen) hergestellt wurden.
2. Bei Produkten, die in Afrika, Asien oder Lateinamerika hergestellt oder verarbeitet wurden, kann dies durch die Zertifizierung einer unabhängigen Organisation nachgewiesen werden. Kann keine Zertifizierung vorgelegt werden, ist eine Eigenerklärung des Anbieters zu verlangen, die bei der Annahme des Angebots Vertragsbestandteil wird.
3. Der Gemeinderat ist über die Erfahrungen und Ergebnisse, die sich aus der Umstellung des Vergabe- und Beschaffungswesens nach Ziff. 1 und 2 ergeben innerhalb eines Zeitraums von spätestens zwei Jahren zu unterrichten.
4. Die Verwaltung prüft in regelmäßigen Abständen ob sich Anhaltspunkte für die Aufnahme weiterer Produkte mit dem Merkmal möglicher ausbeuterischer Kinderarbeit ergeben und unterrichtet den Gemeinderat.

Der Gemeinderat hatte damit von einer Möglichkeit soziale Belange bei Vergaben und Beschaffungen zu berücksichtigen Gebrauch gemacht. Gleichzeitig wurde in der entsprechenden Vorlage für die Beschlussfassung die Hoffnung geäußert, dass dieser Beschluss über die Stadtverwaltung hinaus in der Bevölkerung aufgegriffen und weiter getragen wird.

Zur Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses erließ der Oberbürgermeister am 12. Juni 2010 eine entsprechende Dienstanweisung.

Bei der Personalversammlung im November 2010 wurde das Thema unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt erläutert und auf die Notwendigkeit der Umsetzung hingewiesen, in dem für das Thema geworben wurde.

Wie wurde der Bericht erstellt?

Der vorliegende Bericht wurde mit den Mitteln der Rechnungsprüfung erstellt. Das bedeutet, dass nicht nur die Erfahrungen der Mitarbeiter abgefragt, sondern Akten und Vergabeunterlagen eingesehen und geprüft wurden, ebenso wie Rechnungsbelege einzelner Beschaffungen. Insofern kann festgestellt werden, dass er die Erfahrungen bei der Umsetzung und den Stand der Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses selbst vertieft und umfassend darstellt.

Wurden Erklärungen der Stammlieferanten eingeholt?

Sehr häufig werden Beschaffungen bei sog. Stammlieferanten getätigt. Dies trifft zum Beispiel für die Beschaffungen des Büromaterials, Beschaffungen der Feuerwehr (Bekleidung), Blumen und Geräte der Informations- und Kommunikationstechnologie zu. Hier war es Aufgabe der Fachbereiche von diesen Stammlieferanten Eigenerklärungen einzufordern, dass die der Stadt angebotenen Produkte nicht in Verbindung mit ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden. Im Rahmen der Prüfung wurden deshalb diese Eigenerklärungen in den Fachbereichen eingesehen und auf ihre Vollständigkeit hin überprüft.

Es war festzustellen, dass alle Fachbereiche diese Erklärungen der Stammlieferanten eingefordert, den Eingang überwacht und die Erklärungen dokumentiert haben. Es konnte auch festgestellt werden, dass bei seit 2010 neu hinzu gekommenen Stammlieferanten die Erklärungen eingefordert wurden.

Diese Erklärungen haben nicht nur deklaratorischen Charakter sondern sind Vertragsbestandteil, der bei einem Verstoß Forderung nach Schadensersatz nach sich ziehen kann.

Wie wurde der Beschluss des Gemeinderats bei den Vergabeausschreibungen umgesetzt?

In einem weiteren Schritt wurde geprüft, ob der Gemeinderatsbeschluss auch bei den Ausschreibungen, insbesondere des Fachbereichs 4 – Bau – Umsetzung erfährt. Dafür wurden die Texte einzelner Ausschreibungen eingesehen. Es konnte festgestellt werden, dass in allen Ausschreibungen entsprechende Formulierungen aufgenommen wurde. So zum Beispiel für die Ausschreibung der Straßenbauarbeiten im Gewerbegebiet Wittumäcker:

„Berücksichtigt werden nur Angebote, die für Natursteinprodukte (z. B. Pflaster, Randsteine usw.) die entsprechenden Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigen, damit gewährleistet ist, dass internationale Sozial- und Ökostandards eingehalten werden. Ein entsprechender Nachweis (z.B. Fair-Stone-Siegel, SA 8000-Zertifizierung oder gleichwertig) ist mit dem Angebot vorzulegen.“

Wie sieht die Umsetzung bei Einzelbeschaffungen aus?

War die Überprüfung in den beiden vorangestellten Abschnitten, Stammlieferanten und Ausschreibungen, relativ einfach möglich, weil eine Dokumentation stattfindet, war sie bei Einzelbeschaffungen ungleich schwieriger. Natürlich sind die MitarbeiterInnen durch die Dienstanweisung gehalten auch bei diesen Produkten auf ausbeuterische Kinderarbeit zu achten, allerdings kann dies nur dann als umgesetzt angesehen werden, wenn eine entsprechende Haltung des Mitarbeiters oder der Mitarbeiterin diese Umsetzung möglichst selbstverständlich erscheinen lässt. In den Gesprächen mit den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, die mit Beschaffungen, auch gelegentlich, befasst sind, konnte ohne Ausnahme der Eindruck gewonnen werden, dass der Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit volle Unterstützung findet. In ganz wenigen Fällen wurde berichtet, dass aus Gründen des besonders günstigen Preises ein möglicherweise nicht zertifiziertes Produkt beschafft wurde.

Ungeachtet dessen, kann aber bei der Menge an Einzelbeschaffungen, davon ausgegangen werden, dass auch dabei darauf geachtet wird, dass keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit beschafft werden.

Insbesondere bei der Ausrichtung städtischer Empfänge und sonstiger Repräsentationsmaßnahmen wird der Beschluss des Gemeinderats in vorbildlicher Weise umgesetzt.

Haben sich die Beschaffungen und Vergaben verteuert?

Nach allen Aussagen der Mitarbeiter ist während der letzten zwei Jahre keine eklatante Verteuerung bei Beschaffungen und Vergaben durch den Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verzeichnen gewesen. Insbesondere in den kostenrelevanten Vergaben im Baubereich wurde dies von den Mitarbeitern versichert.

Kann ausbeuterische Kinderarbeit auch bei Grabsteinen ausgeschlossen werden?

Bei der Beschlussfassung des Gemeinderats im Mai 2010 wurde auch das Thema Grabsteine auf den Friedhöfen angesprochen. Damals war die Aussage noch, dass das Verbot mangels gesetzlicher Grundlage im Bestattungsgesetz nicht möglich ist. Zwischenzeitlich hat die Landesregierung einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Bestattungsgesetzes auf den Weg gebracht. Es kann davon ausgegangen werden, dass im Laufe des Jahres 2012 ein Verbot von Grabsteinen, die durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden, möglich ist. Dem Gemeinderat wird dann zeitnah eine entsprechende Änderung der Friedhofssatzung vorgeschlagen.

Hatte der Beschluss des Gemeinderats eine Signalwirkung über die Arbeit in der Stadtverwaltung hinaus?

Eingangs des Berichts wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat sich mit der Beschlussfassung im Mai 2010 auch eine Signalwirkung für die Beschaffungen im privaten Bereich erhoffte.

Auf Anregung der Eine-Welt-Gruppen der katholischen sowie evangelischen Kirchengemeinde Ruit wurden am 15.03.2011 alle in Ostfildern bestehenden Fair-Handels-Gruppen zu einem gemeinsamen Informationsaustausch unter der Leitung von Oberbürgermeister Christof Bolay eingeladen. 17 Personen von 11 Initiativen, vornehmlich Kirchengemeinden, nahmen an dem Treffen teil.

Beim ersten Treffen wurde der Wunsch nach mehr Zusammenarbeit untereinander geäußert. Es wurde außerdem vorgeschlagen, in der Stadtrundschau und auf der städtischen Internetseite über das Thema Fairer Handel, die bestehenden Aktivitäten und Initiativen und die geplanten Projekte zu informieren. Außerdem wurde über die Gründung eines Eine-Welt-Ladens in Ostfildern, Ideen zur Fairen Woche und das mittelfristige Ziel einer „FairTradeTown“ diskutiert.

Seither hat sich eine dauerhafte, sich regelmäßig treffende „Lenkungsgruppe“ mit einem Kern von fünf bis sieben Personen gebildet, unter der Leitung der städtischen Wirtschaftsförderung. Die Lenkungsgruppe traf sich am 09.05.2011 zum ersten Mal und nannte sich im April 2012 in „Lenkungsgruppe Ostfildern kauft fair!“ um.

Zur bundesweiten Fairen Woche vom 16. bis 30. September 2011 wurde als erstes Projekt am 01.06.2011 ein ganzseitiger Artikel zum Fairen Handel mit Ansprechpartnern und Verkaufsterminen der Kirchengemeinden auf der Titelseite der Stadtrundschau und als Pressemitteilung veröffentlicht. Parallel entstand eine eigene Internetseite unter http://www.ostfildern.de/fairer_handel.html.

Am 15.09.2011 erschien ein ganzseitiger Artikel auf Seite drei der Stadtrundschau mit den drei Ostfilderner Aktionen zur Fairen Woche 2011. Erstens gab es auf fünf Ostfilderner Wochenmärkten einen gemeinsamen Marktstand mit Produkten und Kostproben wie Kaffee, Tee, Mangos oder Brotaufstriche. Für die Marktstände wurde ein großformatiges auffallendes Banner mit der Aufschrift „Ostfildern kauft fair!“ produziert.

Als zweites Projekt wurde ein fairer Einkaufsführer für Ostfildern erarbeitet, der darüber informiert, wo in Ostfildern fair gehandelte Produkte gekauft werden können. Und drittens konnten die beiden Restaurants Alte Wache und Ambiente im Scharnhäuser Park dazu gewonnen werden, neben dem fair gehandelten Kaffee jeweils ein drei- beziehungsweise viergängiges Menü anzubieten, welches ausschließlich aus Fairtrade-Produkten zubereitet wird.

Im Jahr 2012 hat die Ostfilderner Initiative Ende März wieder mit Informationsständen auf den Wochenmärkten geworben. Außerdem war die Initiative beim Neubürgerempfang am 3. März und beim Tag der offenen Tür im Stadthaus am 6. Mai mit einem Stand vertreten. Zur Fairen Woche im September 2012 ist die Neu-Auflage des Einkaufsführers geplant, allerdings erweitert als „regio-bio-fairer Einkaufsführer“. Außerdem sollen mehr Gastronomen, Einzelhändler, als auch Vereine und Schulen für die Aktion gewonnen werden.

Wie lassen sich die bisherigen Erfahrungen zusammenfassen?

Allen Beteiligten war bei der Beschlussfassung im Mai 2010 klar, dass die Umsetzung nicht „durch Schalter umlegen“ möglich sein wird, sondern dass dies einen Prozess darstellt, der das Ziel Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit im Beschaffungs- und Vergabewesen der Stadt auszuschließen als Ziel eines Weges projiziert auf dem Erfahrungen gesammelt und auch immer wieder Fehler gemacht werden, dass das Ziel aber im Focus bleibt. Seit der Beschlussfassung des Gemeinderats Ostfilderns im Mai 2010 haben sich immer mehr Städte und Gemeinden dem Thema angenommen und entsprechende Beschlüsse gefasst. Um diese Beschlüsse vorzubereiten, fanden Veranstaltungen statt, zu denen die Stadt Ostfildern eingeladen wurde, um über die Erfahrungen mit dem Thema zu berichten. Dabei wurde sehr großes Interesse an den Informationen, wie die Beschlussfassung in Ostfildern vorbereitet und anschließend umgesetzt wurde, gezeigt. Der Leiter der Rechnungsprüfung

ist diesen Wünschen gerne nachgekommen, so z.B. jüngst bei Veranstaltungen in Filderstadt und Sindelfingen.

Mit zunehmendem Interesse der Städte und Gemeinden an diesem Thema wird es auch immer leichter möglich Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit auszuschließen, weil zertifizierte Produkte vermehrt angeboten werden. Dies wird sich auch in einzelnen Fällen positiv auf die Preisgestaltung auswirken.

Die Umsetzung des Beschlusses innerhalb der Stadtverwaltung und ihrer Einrichtungen ist durchaus als positiv zu bewerten. Vor allem ist es gelungen, im Bewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit als Standard zu positionieren.

Die gemachten Erfahrungen der letzten zwei Jahre machen deutlich, dass mit der Beschlussfassung des Gemeinderats ein Weg begonnen wurde, bei dem Ostfildern noch nicht am Ziel angekommen, aber ein gutes Stück dorthin vorangekommen ist.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt kann bestätigt werden, dass sie das Thema mehr und mehr als eine Selbstverständlichkeit in ihrer Arbeit betrachten. Erfreulich ist auch, dass der Beschluss des Gemeinderats, über die Arbeit in der Stadtverwaltung hinaus, eine große Resonanz in der Bevölkerung Ostfilderns gefunden hat.